# 08. Juni 2004
# AKTIONSTAG „REPRESSION“ IM ÖFFENTLICHEN RAUM REGION BASEL

**«Wieviel freiheitliche Rechte stehen den NutzerInnen des öffentlichen Raumes (also uns allen) zu?» Die Diskussion darüber zieht sich durch politische Gremien, soziokulturelle Veranstaltungen und Medien. Am 8. Juni lancieren die Gassenarbeiten verschiedener deutschschweizer Städte zusammen mit anderen Organisationen einen Aktionstag zum Thema.**

In Basel wurde der Tag durch den **Verein für Gassenarbeit „Schwarzer Peter“** initiiert. Unterstützt und organisiert von Betroffenen selbst, sowie weiteren Gruppierungen: augenauf, AntiRep., Komitée Sans Papiers, Basta, Verein GEG (Gewaltlose Bewegung zur Erlangung der Grundrechte).

Die Aktionen werden sehr vielfältig sein. Sie finden zwischen 12.00 und 19.00 Uhr am Bahnhof SBB, auf dem Theaterplatz, am Brückenkopf bei der Helvetia und an der Mittleren Brücke (Grossbasler Seite) statt. Zudem wird eine „mobile Truppe“ unterwegs sein.
Zum Abschluss zeigt das Neue Kino am Abend bei der Kaserne (bei Schlechtwetter an der Klybeckstr. 247) einen Film zum Thema des Tages. Lassen Sie sich überraschen!

Von VertreterInnen der Politik, insbesondere der SVP, wird durch gezielte Kampagnen ein Klima geschaffen, in welchem Jagd und Hetze auf missliebige Menschen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen geschürt und betrieben wird.
Es stimmt nachdenklich, dass selbst die Medien meist mithelfen, solche Stimmung und Vorurteile zu verbreiten.
Der Nährboden ist somit geschaffen worden für absolute Kontrolle in der Bevölkerung, für Unsicherheit, geschürte Ängste und diskriminierendem Verhalten gewissen Bevölkerungsgruppen gegenüber.

Darunter leiden zum Beispiel:

- Jugendliche und junge Menschen, welche sich im öffentlichen Raum treffen, werden polizeilich beobachtet und kontrolliert.
- Arbeitslose, werden als faul, arbeitsscheu und als Tagediebe verschrien.
- Ausländer werden wegen ihrer Hautfarbe als Drogendealer eingestuft und gelten primär als gewalttätig.
- Flüchtlinge werden als Scheinasylanten bezeichnet.
- SozialhilfeempfängerInnen werden als Sozialschmarotzer, welche vom grosszügigen Sozialsystem profitieren, angeklagt.
- InvalidenrentnerInnen werden als Scheininvalide bezeichnet, welche arbeiten könnten, aber scheinbar nicht wollen.
- AHV-RenterInnen wird vorgeworfen, nur noch unserem Gesundheitssystem zur Last zu fallen. Sie füllen unnötigerweise die Trams am Feierabend oder flüchten ins Ausland, um sich ein sonniges Leben – als Steuerflüchtling – zu bereiten.

Die Aktionen am Repressionstag sollen der Öffentlichkeit aufzeigen, was es für Betroffene heisst, vermehrter Repression ausgesetzt zu sein.

Mit der Begründung der Lärmbelästigung, des Sicherheitsrisikos und der Attraktivität der Stadt Basel für den Tourismus wird zum Beispiel die Benutzung des öffentlichen Raumes zunehmend eingeschränkt. Doch wo sollen sich Bevölkerungsgruppen, welche nicht die räumlichen Ressourcen haben, um ihre FreundInnen zu Hause einzuladen und nicht die finanziellen Mittel haben, konsumorientierte Räumlichkeiten aufzusuchen, aufhalten? Oder haben diese Menschen kein Anrecht auf soziale Kontakte?

Die Repressionen schränken in der Bewegungsfreiheit ein, geben unbescholtenen BewohnerInnen das Gefühl, kriminell, unerwünscht und ausgegrenzt zu sein. Die Aktionen sollen für Aufklärung sorgen und ein Zeichen setzen.

Wir rufen auf

- zu einer differenzierteren Berichterstattung der Medien.
- ein genaueres Auge auf die institutionellen Repressionsapparate, wie z.B. den Behörden, zu werfen, und Hintergründe und Ursachen der Repressionen auszuleuchten.
- Lehrstellen für Jugendliche zu schaffen, statt sie zu kriminalisieren.
- zum Erschaffen von Perspektiven für die Zukunft, statt Investitionen in Überwachungsprojekte und Privatpolizei zu stecken.
- die Abwehr gegen Repressionen zu unterstützen.
- statt *über* die Betroffenen, *mit* den Betroffenen zu sprechen.